

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Wegzugspreis beträgt monatlich  
1,20 RM, zuzüglich Bestell-  
geld. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-  
schäftsstelle Birkenwerder,  
Bahnhofstraße 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditoren  
angenommen. Die neuange-  
legene Petitzelle kostet 25 Pfennig,  
die Reflamezelle 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohna, Summt  
und Umgegend

Verleger: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 18

Verleger Amt Birkenwerder 2005

Dienstag, den 31. Januar 1933

Verlagsort Berlin 62 448

32. Jahrg

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Die Reinigung der Schornsteine findet in Bergfelde in der  
Zeit vom 30. Januar bis zum 7. Februar 1933 statt.  
Bergfelde, den 30. Januar 1933.  
Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde. Waispurger.

### Hohen Neuendorf.

3. Sitzung der Gemeindevertretung.  
Am Montag, dem 30. Januar d. J., 20 Uhr, findet in dem  
Saal des Lokals „Kurhaus“, Auguststraße 54, die 3. Sitzung  
der Gemeindevertretung statt.

#### Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Bausache
3. Wahl eines Schiedsmannstellvertreters (Vorlage zur Sitzung  
am 19. Dezember 1932).
4. Antrag für die Kaffeeverbrauchskommission (desgleichen).
5. Verlängerung der Biersteuerordnung.
6. Verlängerung der Hundsteuerordnung.
7. Ausbaukosten Dranienburger Straße 121.
8. Ausbau der Cäcilienstraße zwischen Bergfelder- und Velle-  
wuststraße.
9. Anträge zum Sofortprogramm der Arbeitsbeschaffung.
10. Ausbleich von eintagsmäßigen Ausgaben (Vorlage zur Sitzung  
am 5. d. Mts.).
11. Dringlichkeitsantrag Rahn und Genossen wegen Bürger-  
steuer (Vorlage zur Sitzung am 5. d. Mts.).

Im Anschluß daran findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

### Auf Betreiben der Kleinen Entente

Diplomatischer Schritt in Budapest.

Budapest, 30. Januar.

Der französische Gesandte erschien beim stellvertretenden  
Außenminister und erbat Aufklärungen über die aus Italien  
nach Odenburg gelangten Waffenjungen. Der stellver-  
tretende Außenminister antwortete, daß die ungarische Re-  
gierung von der Odenburger Angelegenheit keine unmittel-  
baren Informationen besitze. Der englische Gesandte, der  
später in derselben Angelegenheit den Grafen Hedervary  
besuchte, erhielt eine ähnliche Antwort.

### Strenges Regiment in Jugoslawien

Belgrad, 30. Januar.

Der Chef der slovenischen Volkspartei, der ehemalige  
Ministerpräsident Dr. Korosec, wurde in Laibach verhaftet  
und nach Serbien abgehoben, wo er interniert wird. Die  
Internierung Dr. Korosecs, die größtes Aufsehen erregt,  
fiel im Zusammenhang mit der erfolgten Internierung  
anderer prominenter Führer der slovenischen Volkspartei.  
Diese Maßnahmen sind wegen der föderalistischen Deklara-  
tion der Partei erfolgt.

### Bombenfund in Barcelona

Paris, 30. Januar.

Wie aus Barcelona gemeldet wird, sind im Laufe einer  
Sprengung 130 Bomben, 160 Dynamitpatronen, drei Ge-  
wehre und zwei Revolver beschlagnahmt worden. Ein An-  
schuldigt wurde verhaftet. In seiner Wohnung wurden zahl-  
reiche wichtige Schriftstücke gefunden, die über die Absichten  
der Anarchisten Aufschluß geben sollen.

## Adolf Hitler Reichskanzler.

Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-  
partei, Adolf Hitler, ist heute mittag vom Reichsprä-  
sidenten zum Reichskanzler ernannt worden auf Grund einer  
längeren Besprechung, die heute vormittag der Reichsprä-  
sident mit Adolf Hitler und v. Papen hatte. Der Reichsprä-  
sident hat ferner auf Vorschlag folgende Persönlichkeiten zu  
Reichsministern ernannt:

den früheren Reichskanzler v. Papen zum stellver-  
tretenden Reichskanzler sowie zum Reichskommissar  
für Preußen. Außenminister Freiherrn v. Neurath  
bestätigte der Reichspräsident in seinem Amte. Als  
Innenminister wurde der Reichstagsabgeordnete Mi-  
nister a. D. Dr. Frick ernannt, zum Reichswehrminister  
Generalleutnant v. Blomberg, zum Finanzminister  
Graf Schwerin-Krosigk, zum Wirtschaftsminister,  
zugleich für Ernährung und Landwirtschaft, der Ge-  
heime Finanzrat Dr. Hugenberg. Reichsarbeits-  
minister wurde der Stahlhelmführer Franz Seldte.  
Der Reichspräsident bestätigte den Reichspost- und Ver-  
kehrsminister Ely v. Rüdenu in seinem Amte.  
Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskom-  
missar für die Luftfahrt wurde der Reichstagsabgeord-  
nete Göring, dem der Reichspräsident zugleich die  
Wahrnehmung der Geschäfte im Preussischen Innenmi-  
nisterium übertragen. Auch der Reichskommissar für Ar-  
beitsbeschaffung, Dr. Ercke, wurde in seinem Amte  
bestätigt. Ueber die Besetzung des Justizministeriums  
ist noch keine Entscheidung gefallen.

### Papens Verhandlungen — Hindenburgs Wunsch — Hitlers Forderung

Berlin, 30. Januar.

Der frühere Reichskanzler von Papen, der vom Reichs-  
präsidenten den Auftrag erhalten hat, seitzustellen, welche  
Möglichkeiten für eine Regierungsneubildung bestehen, hat  
zunächst mehrfach mit den Nationalsozialisten und den  
Deutschnationalen, sowie — auf indirektem Wege — auch  
mit dem Zentrum Fühlung genommen.

Aus der Umgebung Papens verlautet, daß das Ziel  
ein nicht an Parteien gebundenes, also „präsidiales oder au-  
toritäres“ Kabinett sei, das aber von den Nationalsozia-  
listen toleriert werde. Das würde eine Wiederholung des  
alten Papen-Kabinetts bedeuten. Aber auch alle anderen  
Möglichkeiten sind noch offen, zumal die Nationalsozialisten  
immer noch erklären, die Tolerierung eines Präsidialkabi-  
netts käme für sie gar nicht in Frage, sie verlangten eine  
Kanzlerschaft Hitlers. Allerdings verlautet von anderer  
Seite, Hitler sei bereit, sich mit dem Kanzlerposten für seine  
Person und mit einem oder zwei weiteren Ministerposten für  
seine Parteifreunde zu begnügen. Damit würde ein parla-  
mentarisches Mehrheitskabinett möglich sein, sofern das  
Zentrum für eine Mitarbeit oder doch tolerierende Haltung  
gewonnen werden kann. Als Gegenleistung scheint das  
Zentrum aber die Festlegung der politischen Linie zu ver-  
langen. Eine solche Bindung haben jedoch die National-  
sozialisten bisher stets abgelehnt; sie verlangen auch ein Ver-  
bot der kommunistischen Partei, gegen das das Zentrum  
widerum Bedenken haben soll.

### Hindenburgs Ziel: Koalitionskabinett Hitler

Gegenüber zahlreichen Gerüchten, die über die Verhand-  
lungen und auch die Haltung des Reichspräsidenten in Um-  
lauf sind, wird von unrichtiger Seite festgestellt, es  
komme dem Reichspräsidenten darauf an, die deutsche Po-  
litik, wenn irgendmöglich, aus dem Stadium der Verfa-  
lungsexperimente herauszubringen.

Deshalb habe er die neuen Verhandlungen mit Adolf  
Hitler in Gang gebracht. Nachdem Adolf Hitler im No-  
vember es abgelehnt habe, persönlich den Versuch eines  
Mehrheitskabinetts zu machen, habe der Reichspräsident jetzt  
Herrn von Papen mit dieser Aufgabe betraut, wobei das  
Ziel dasselbe geblieben sei.

Was die Haltung der Parteien im einzelnen betrifft,  
erneuert für die NSDAP auch der „Börsliche Beob-  
achter“ die Forderung nach der Betraung Hitlers mit der  
Kanzlerschaft. „Nun helfen feinerliche Zwischenjungen  
mehr“, so schreibt das Blatt, „nun hilft nur die Führung  
des Mannes, von dem 12 Millionen erwarten, daß er die  
Führung übernimmt. Und dieses kämpfende Deutschland er-  
wartet auch vom Reichspräsidenten, daß er alles hinter sich  
läßt, was ihn bisher noch gehindert haben mag. Bin-  
nen würden einen neuen Kanzler von Papen ge-  
nau so ablehnen wie den alten. Die Nation  
kann das fortwährende Herumverhaken nicht mehr ertragen.  
Sie fordert klare Entscheidungen klare Fronten, eine auf  
das nationale Deutschland allein gestützte Regierung unter  
Führung des unfähigsten Führers: Adolf Hitler. An  
dieser Voraussetzung hat sich nichts geändert, weil sie das  
Minimum darstellt, was die deutsche Freiheitsbewegung  
zu fordern berechtigt ist, falls sie eine Verantwortung über-  
nehmen soll.“

Von den Zentrumsblättern spricht die „Germania“ von  
einem „gefährlichen Spiel“ und warnt insbesondere vor  
einer Notstands-Diktatur. Die Christlichen Gewerkschaften ha-  
ben an den Reichspräsidenten ein Telegramm gefandt, in dem  
auf die Beunruhigung der Arbeiterchaft der westdeutschen  
Industriegebiete durch die Rixlergerüchte hingewiesen wird.

„Wir vertrauen darauf“, heißt es in diesem Telegramm,  
„daß der Reichspräsident diesem Wirrwarr kraftvoll ein  
Ende bereitet. Deutschland kann nur unter Zusammenfah-  
lung des ganzen Volkes gefunden.“

### Erklärung der Deutschen Volkspartei

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit:  
„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei  
nahm zur politischen Lage Stellung. Es kam die große Erre-  
gung darüber zum Ausdruck, daß durch politische Wäh-  
lereien eine neue Krise entflanden ist. Durch solche Me-  
thoden der fortgeleiteten Beunruhigung unseres öffentlichen  
Lebens, die jede Staatsführung unmöglich machen, wird  
die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wiederaufstieg, sozialen  
Frieden und staatlichen Aufbau in unserem Volke zerstört.  
Besonders ist zu verurteilen, daß eine Regierung zum Sturz  
gebracht worden ist, ohne daß irgendein klarer Weg für  
die weitere politische Entwicklung erkennbar ist.“

### Die Vorgeschichte der Krise

Als letzte Ursache für den Sturz des Reichskanzlers  
von Schleicher wird in Berliner politischen Kreisen jetzt die

### Zur Umbildung des neuen Kabinetts.



Heinrich Hugenberg,  
der Führer der Deutschnationalen  
Volkspartei.



Dr. Raab,  
der Vorsitzende der Zentrums-  
partei.



Adolf Hitler,  
der neuernannte Reichskanzler.



Franz von Papen,  
der mit der Kabinettsbildungsfindung  
beauftragt war.